

Neuss/Grevenbroich, 25.05.2022

An die

Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Wohnen

nachrichtlich:

An die

stv. Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Wohnen und die Kreistagsabgeordneten, die nicht dem Ausschuss für Soziales und Wohnen angehören

An den Landrat und die Dezernenten

Einladung

zur **6.** Sitzung

des Ausschusses für Soziales und Wohnen

(XVII. Wahlperiode)

am Dienstag, dem 31.05.2022, um 17:00 Uhr

GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich Kreissitzungssaal (1. Etage) Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich (Tel. 02181/601-2172) Navigation: www.rkn.nrw/TR814

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil:

- 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger
- 3. Wechsel der Schriftführung Vorlage: 50/1372/XVII/2022
- 4. Vorstellung Wegweiser-Projekt Vorlage: 50/1377/XVII/2022

5. Pflege

5.1. Umsetzungssachstand 10-Punkte-Plan zur Gewinnung von

Pflegekräften

Vorlage: 50/1407/XVII/2022

5.2. Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes

Vorlage: 50/1369/XVII/2022

6. Mitteilungen

6.1. Sachstand Erstellung eines Kreisentwicklungskonzepts

Inklusion

Vorlage: 50/1384/XVII/2022

6.2. Entwicklung eines Konzeptes für "Präventive Hausbesuche"

bei Seniorinnen und Senioren im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/1370/XVII/2022

6.3. Mindestlohn in der Pflege

Vorlage: 50/1408/XVII/2022

6.4. Sachstand einrichtungsbezogene Impfpflicht

Vorlage: 50/1368/XVII/2022

6.5. Sachstand Ukraine

Vorlage: 50/1371/XVII/2022

6.6. Fortführung des Projekts "Kompass D"

Vorlage: 50/1340/XVII/2022

6.7. Sachstand Geflüchtete

Vorlage: 50/1409/XVII/2022

6.8. Landesrechtliche Umsetzung des Sofortzuschlages für Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe durch das Sofortzuschlags-

und Einmalzahlungsgesetz (§ 145 neu SGB XII)

Vorlage: 50/1411/XVII/2022

- 7. Anträge
- 8. Anfragen

1. Netold

K. Reinhold Vorsitz Für die Vorbesprechungen stehen den Fraktionen in der Zeit von 16.00 - 17.00 Uhr folgende Räume im Sitzungsbereich des **Kreishauses Grevenbroich** zur Verfügung:

CDU-Fraktion: <u>Besprechungsraum V/VI</u>

1. Etage

Navigation: www.rkn.nrw/TR815

SPD-Fraktion: Besprechungsraum Ideenschmiede I/II

Erdgeschoss

Navigation: www.rkn.nrw/TR804

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Besprechungsraum Ideenschmiede I/II

Erdgeschoss

Navigation: www.rkn.nrw/TR804

FDP-Fraktion: Besprechungsraum V/VI

1. Etage

Navigation: www.rkn.nrw/TR815

Fraktion UWG/FW RKN/Zentrum: Besprechungsraum III

Erdgeschoss

Navigation: www.rkn.nrw/TR810

Fraktion AfD: Besprechungsraum IIIa

Erdgeschoss

Navigation: www.rkn.nrw/TR824

Parkplätze stehen in der Tiefgarage des Kreishauses Grevenbroich, Einfahrt "Am Ständehaus", zur Verfügung.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Parken auf dem Rondell vor dem Haupteingang des Kreishauses Grevenbroich nicht gestattet ist!

Das Tragen einer FFP2-Maske während der Sitzung wird empfohlen. Schnelltestungen werden wie bisher durch das Gesundheitsamt angeboten.

Neuss/Grevenbroich, 13.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1372/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

Tagesordnungspunkt: Wechsel der Schriftführung

Sachverhalt:

Ab dem kommenden Ausschuss für Soziales und Wohnen am 26. September 2022 findet ein Wechsel in der Schriftführung statt. Herr Till Brebeck übernimmt künftig zusammen mit Frau Jacqueline Dragojevic die Schriftführung für den Ausschuss für Soziales und Wohnen. Herr Adalbert Kuszynski wird sodann nicht mehr die Schriftführung übernehmen.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Soziales und Wohnen ernennt ab dem kommenden Ausschuss für Soziales und Wohnen im September 2022 Herrn Till Brebeck als Schriftführer.

Neuss/Grevenbroich, 16.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1377/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

Tagesordnungspunkt: **Vorstellung Wegweiser-Projekt**

Sachverhalt:

Das Präventionsprogramm Wegweiser ist eine Initiative des nordrhein-westfälischen Ministeriums des Innern (Abteilung Verfassungsschutz) in Zusammenarbeit mit lokalen Netzwerkpartnern. Wegweiser will den Einstieg vorwiegend junger Menschen in den Islamismus und gewaltbereiten Salafismus verhindern und sich auch um diejenigen kümmern, die bereits erste Schritte in Richtung dieser Szene unternommen haben. Auch Familienangehörigen und anderen Personen (z.B. Freunde, Lehrkräfte) im Umfeld sich möglicherweise radikalisierender Personen wird konkrete und individuelle Beratung und Unterstützung angeboten.

Nach entsprechenden Implementierungsgesprächen in den vergangenen Jahren wurde das Präventivprogramm kreisweit etabliert, sodass Landesinnenminister Herbert Reul und Landrat Hans-Jürgen Petrauschke am 08.07.2020 die Wegweiser-Beratungsstelle im Rhein-Kreis Neuss offiziell vorstellen konnten. Umgesetzt wird das Programm durch die AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. in Zusammenschluss mit der AWO Kreisverband Rhein-Kreis Neuss.

Zwischenzeitlich hat sich ein entsprechendes Netzwerk etabliert, das regelmäßig in Fachkommissionssitzungen zusammenkommt, um das Thema zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Von Seiten des Rhein-Kreises Neuss sind Kreisdirektor Dirk Brügge und das Kommunale Integrationszentrum Rhein-Kreis Neuss im Netzwerk und in diesen Sitzungen vertreten.

Das Team der Wegweiser-Beratungsstelle wird das Präventionsprogramm und dessen Umsetzung im Rhein-Kreis Neuss in der Sitzung vorstellen.

Neuss/Grevenbroich, 18.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1407/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

Tagesordnungspunkt:

Umsetzungssachstand 10-Punkte-Plan zur Gewinnung von Pflegekräften

Sachverhalt:

Über den aktuellen Umsetzungssachstand wird im Rahmen einer Tischvorlage berichtet.

Neuss/Grevenbroich, 13.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1369/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

<u>Tagesordnungspunkt:</u> Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes

Sachverhalt:

Vorbehaltlich gesondert geltender Übergangsfristen gemäß § 47 WTG soll zum 01.01.2023 eine novellierte Fassung des Wohn- und Teilhabegesetzes in Kraft treten, welches die Grundlage der Arbeit für die Aufsichtsbehörde nach dem Wohn- und Teilhabegesetz (ehemals Heimaufsicht) darstellt.

Die mit der Novellierung des Gesetzes verbundenen Änderungen sowie eine Einschätzung der Kreisverwaltung hinsichtlich der neuen Regelungen sollen in der Folge kurz dargestellt werden.

Der Schutz von Menschen mit Behinderungen vor Gewalt ist ein zentrales Anliegen der überarbeiteten Gesetzesfassung. Die vorgesehenen Änderungen sind insgesamt zu begrüßen. Speziell die Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in den Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot sind im Zeitalter der Inklusion und Integration nicht nur geboten, sondern auch im Hinblick auf die Entwicklung des Wohn- und Teilhabegesetzes überfällig, da die Eingliederungshilfe in den vergangenen Jahren bei den Gesetzgebungsverfahren und Novellierungen eher beiläufig berücksichtigt wurde und deutlich im Schatten der pflegerischen Versorgung älterer Menschen in den klassischen vollstationären Einrichtung stand.

Vorgesehen ist unter anderem, dass die Leistungsträger verpflichtet werden, die Durchführung von freiheitsentziehenden und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen (anonymisiert) der Monitoring- und Beschwerdestelle (WTG-Behörde) zu melden.

Ferner enthält das Gesetz nunmehr eine neue gesetzliche Regelung über die Evaluierung der Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes. Demnach sollen die neuen Regelungen zum Gewaltschutz in Einrichtungen regelmäßig auf ihre Wirkung hin untersucht werden. Dies gilt ebenso im Hinblick auf Erfahrungen mit der neuen ordnungsbehördlichen Aufsicht der WTG-Behörden und des Landes über die Werkstätten für Menschen mit Behinderung.

Das Gesetz will dem Ziel der Gewaltprävention insbesondere durch eine Ausweitung der staatlichen Prüfungen gerecht werden. Dazu werden anlassbezogene und anlasslose Überprüfungen der Eingliederungshilfeeinrichtungen durch die Heimaufsicht der Kreise und kreisfreien Städte, der Bezirksregierungen sowie der Träger der Eingliederungshilfe normiert beziehungsweise ausgeweitet.

Neu eingeführt werden Vor-Ort-Prüfungen durch die Bezirksregierungen. Außerdem werden die Prüfungen des WTG auch auf die Beschäftigung in den WfbM ausgedehnt. Damit werden über die Ausweitung der Prüfpflichten und des Prüfumfangs hinaus neue Vorgaben und Zuständigkeiten für Prüfungen und, mit der Einführung einer unmittelbaren Prüfpflicht für die Aufsichtsbehörden (Bezirksregierungen und Landschaftsverbände), sogar eine weitere Prüfinstanz geschaffen.

Das Gesetz zur Änderung des WTG verursacht durch die neuen Aufgaben auch einen erheblichen Mehraufwand auf kommunaler Ebene und bei den Leistungserbringern.

Bei den Leistungserbringern werden die erhöhten Anforderungen beim Gewaltschutz, Gewaltprävention, freiheitsentziehenden Maßnahmen und Dokumentationspflichten absehbar zu einem erhöhten personellen Aufwand, sowohl bei der unmittelbaren Bezugsbetreuung als auch bei der Administration, führen.

Die neuen Regelungen erzeugen bei den WTG-Behörden höhere Aufwendungen durch die Prüfung von Gewaltschutzkonzepten und insbesondere der Anforderungen an die Leistungserbringer bei der Trennung zwischen Einleitung, Durchführung und Überwachung von freiheitsentziehenden Unterbringungen, freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Maßnahmen.

Die §§ 41 ff. WTG sehen jährliche Regelprüfungen und anlassbezogene Prüfungen, nun auch in WfbM (Werkstätten für behinderte Menschen), vor. Im Rhein-Kreis Neuss sind derzeit zwei anerkannte Werkstätten für Menschen mit Behinderung mit insgesamt 11 Standorten und 1450 Beschäftigten vertreten. Diese 11 Standorte sind fortan ebenfalls jährlich zu prüfen.

Neuss/Grevenbroich, 16.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1384/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

Tagesordnungspunkt:

Sachstand Erstellung eines Kreisentwicklungskonzepts Inklusion

Sachverhalt:

Für die Ausschusssitzung am 01.03.2022 beantragten die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Erstellung eines Kreisentwicklungskonzepts Inklusion. In den kommenden Ausschusssitzungen soll über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der Konzepterstellung informiert werden.

Die zuständigen Dezernate wurden über die geplante Fortschreibung des Kreisentwicklungskonzepts Inklusion informiert. Das Kreisentwicklungskonzept Inklusion aus dem Jahr 2014 wurde den Dezernaten mit der Bitte um Durchsicht ihrer Themen und anschließender Fortschreibung übersendet. Auf Basis der Rückmeldungen soll das Fortschreibungsdesign unter Beachtung des entsprechenden politischen Beschlusses erarbeitet werden.

Neuss/Grevenbroich, 13.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1370/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

Tagesordnungspunkt:

Entwicklung eines Konzeptes für "Präventive Hausbesuche" bei Seniorinnen und Senioren im Rhein-Kreis Neuss

Sachverhalt:

Mit Datum vom 22.11.2021 beantragten die Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Entwicklung eines Konzeptes für "Präventive Hausbesuche" bei Seniorinnen und Senioren über 75 Jahren im Rhein-Kreis Neuss.

Die Kreisverwaltung hat diesen Antrag geprüft und bereits mit der Umsetzung begonnen. Geplant ist ein Modellprojekt in Kooperation mit der Stadt Korschenbroich und der Diakonie Rhein-Kreis Neuss.

Bis Ende des 2. Quartals sollen die über 75-jährigen Seniorinnen und Senioren im Stadtgebiet angeschrieben und über das Seniorenberatungsangebot in der Stadt Korschenbroich sowie im gesamten Kreisgebiet informiert und auf die Möglichkeit eines kostenlosen Beratungsbesuches hingewiesen werden. Mit dem Anschreiben wird zudem ein Fragebogen versandt, der zur Erhebung des konkreten bzw. gewünschten Beratungsbedarfs dient.

Abhängig vom Erfolg und den Rückmeldungen aus dem Stadtgebiet Korschenbroich kann das Angebot im Anschluss auf weitere Kommunen ausgeweitet werden.

In den kommenden Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Wohnen wird die Kreisverwaltung fortlaufend über den Projektfortschritt berichten.

Anlagen:

Antrag SPD und Grüne vom 22.11.2021 präventive Hausbesuche



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20 Fax +49 2181 2250 40 kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro Schulstr.1 41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81 Fax +49 2131 1666 83 fraktion@gruene-rkn.de

An den Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales und Wohnen Herrn Sven Ladeck Kreisverwaltung

22. November 2021

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 30. November 2021

Antrag: Entwicklung eines Konzeptes für "Präventive Hausbesuche" bei Seniorinnen und Senioren im Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrter Herr Ladeck,

die Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen die Entwicklung eines Konzeptes für "Präventive Hausbesuche" bei Seniorinnen und Senioren über 75 Jahren im Rhein-Kreis Neuss.

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für "Präventive Hausbesuche" bei Seniorinnen und Senioren im Alter über 75 Jahren im Rhein-Kreis Neuss zu entwickeln.
- 2. Perspektive des Konzeptes soll die Durchführung eines Modellprojektes in 2023 sein. Hierbei sind insbesondere:
 - a. mögliche Partner*innen aus den Bereichen der Pflege-, Sozial- und Wohnberatung sowie weitere, für Senior*innen relevante Dienstleister*innen aus dem Rhein-Kreis Neuss zu evaluieren und deren Bereitschaft für eine Beteiligung an einem solchen Modellprojekt abzufragen,
 - b. Erfahrungswerte anderer Regionen, die ein solches Projekt bereits durchführen bzw. durchgeführt haben, zu berücksichtigen (z. B. Rhein-Erft-Kreis und Siegen) und mögliche Ansprechpartner*innen zu künftigen Ausschusssitzungen für eine Projektvorstellung und Diskussion einzuladen,
 - c. die Seniorenräte/-beauftragte in den Kommunen einzubinden,
 - d. die Zielgruppe in Form einer tabellarischen Zusammenstellung aufzuschlüsseln, die die Zahl der Senior*innen – differenziert nach Kreiskommunen – darstellt,
 - e. Kosten zu identifizieren, die als Grundlage für die Haushaltsberatungen 2023 dienen und
 - f. zu pr
 üfen, ob solche (Modell-)Projekte von Landes- oder Bundesebene gef
 ördert werden und welche Bedingungen f
 ür eine F
 örderung erf
 üllt werden m
 üssen.



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20 Fax +49 2181 2250 40 kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro Schulstr.1 41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81 Fax +49 2131 1666 83 fraktion@gruene-rkn.de

Begründung:

Mit "präventiven Hausbesuchen" sollen Menschen ab 75 Jahren frühzeitig unterstützt werden, mit dem Ziel, so lange wie möglich ein eigenständiges Leben in der eigenen Wohnung/Haus zu führen und bei Bedarf auf Hilfen aufmerksam zu machen und ggf. zu organisieren. Ziel ist es insbesondere, eine stationäre Hilfe zu vermeiden und eine Verbesserung der Lebensbedingungen und individuellen Gesundheit zu erzielen. Es soll ein möglichst langes, selbstbestimmtes Leben in gewohnter Umgebung ermöglicht werden.

"Präventive Hausbesuche" erfolgen proaktiv, sie

- stellen für Menschen über 75 Jahren einen zusätzlichen Kontakt abseits der Familie und eine weitere Instanz zur alltäglichen Unterstützung dar,
- bieten ein niederschwelliges Angebot, etwa im Vergleich zum Anruf beim jeweiligen Sozialamt,
- können Wegweiser für Senior*innen für weiterführende Beratungs- und Unterstützungsangebote sein.
- können Kontakt zu gleichaltrigen und gleichgesinnten Menschen herstellen und so der fortschreitenden Vereinsamung in unserer Gesellschaft entgegenwirken,
- können in Summe einen zusätzlichen Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen.

In der Regel werden alle Senior*innen im Alter über 75 Jahren vom jeweiligen kommunalen Projektträger schriftlich per Brief kontaktiert und auf das Angebot hingewiesen. In einer Pressemitteilung des Rhein-Erft-Kreis berichtet die dortige Kreisverwaltung, die bereits "präventive Hausbesuche" durchführt, eine Rückmeldequote zwischen 5 und 7 Prozent und zeigte sich mit dem bisherigen Projektverlauf zufrieden.

S. Kimpel

Mit freundlichen Grüßen

Udo Bartsch Swenja Krüppel

Fraktionsvorsitzender (SPD) Fraktionsvorsitzende (GRÜNE)

Neuss/Grevenbroich, 18.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1408/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

<u>Tagesordnungspunkt:</u> Mindestlohn in der Pflege

Sachverhalt:

Die "Fünfte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche" ist am 26.04.2022 im Bundesanzeiger veröffentlicht worden. Die Verordnung legt die schrittweise steigenden Pflegemindestlöhne für die Zeit von 01.05.2022 bis 31.01.2024 fest.

Die Verordnung sieht folgende Mindestentgelte je Stunde vor:

| | Pflegehilfskräfte | Pflegehilfskräfte | Pflegefachkräfte |
|-------------|-------------------|-------------------------|--------------------------|
| | (ohne | (einjährige Ausbildung) | (dreijährige Ausbildung) |
| | Ausbildung) | | |
| Ab 01.05.22 | 12,55€ | 13,20 € | 15,40 € |
| Ab 01.09.22 | 13,70 € | 14,60 € | 17,10 € |
| Ab 01.05.23 | 13,90 € | 14,90 € | 17,65 € |
| Ab 01.09.23 | 14,15 € | 15,25 € | 18,25 € |

Zudem bestimmt die Verordnung einen Anspruch auf zusätzlichen bezahlten Mehrurlaub. Dieser beträgt bei Beschäftigten mit einer 5-Tage-Woche für das Jahr 2022 sieben Tage, für die Jahre 2023 und 2024 jeweils neun Tage.

Der Geltungsbereich der Verordnung ist unverändert: Sie gilt (nur) für Pflegebetriebe. Dies sind Betriebe und selbstständige Betriebsabteilungen, die überwiegend ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflegeleistungen oder ambulante Krankenpflegeleistungen für Pflegebedürftige erbringen. Dazu gehören auch Betreuungsdienste nach § 71 Abs. 1a SGB XI.

Keine Pflegebetriebe sind Krankenhäuser sowie Einrichtungen, in denen Leistungen zur medizinischen Vorsorge, zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben oder am Leben in der Gemeinschaft, die schulische Ausbildung oder die Erziehung kranker oder behinderter Menschen im Vordergrund des Zweckes der Einrichtung stehen.

Auch Beschäftigte der Pflegebetriebe in Bereichen wie Verwaltung, Technik, Küche etc. sowie Privathaushalte sind ausgenommen.

Dort wo der Pflegemindestlohn nicht gilt, gilt der allgemeine gesetzliche Mindestlohn, der seit 01.01.2022 9,82 € brutto je Stunde beträgt und zum 01.07.2022 auf 10,45 € erhöht wird. Der Regierungsentwurf für ein Mindestlohnerhöhungsgesetz, mit dem eine Erhöhung ab 01.10.2022 auf 12 € erfolgen soll (vgl. Rundschreiben LKT NRW Nr. 0083/22 vom 27.01.2022), befindet sich im parlamentarischen Verfahren.

Die Fünfte Pflegearbeitsbedingungsverordnung ist am 01.05.2022 in Kraft getreten und tritt mit Ablauf des 31.01.2024 außer Kraft.

Neuss/Grevenbroich, 11.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1368/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

<u>Tagesordnungspunkt:</u> Sachstand einrichtungsbezogene Impfpflicht

Sachverhalt:

Seit dem 16.03.2022 müssen von der einrichtungsbezogenen Impfpflicht betroffene Einrichtungen an ihre örtlichen Gesundheitsämter melden, wenn Beschäftigte keinen Impfbeziehungsweise Genesenen-Nachweis oder kein ärztliches Zeugnis vorgelegt haben oder Zweifel an der Echtheit oder Richtigkeit der Nachweise bestehen, dass eine Impfung aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist.

Bisher sind 449 Meldungen beim Kreisgesundheitsamt eingegangen. Der Großteil der Meldungen entfällt auf die folgenden Einrichtungstypen:

| Einrichtungsform | Anzahl gemeldeter Personen |
|--------------------------------------|----------------------------|
| Krankenhäuser | 154 |
| Voll- und teilstationäre Pflege- und | 107 |
| Betreuungseinrichtungen | |
| Arztpraxen | 48 |
| Ambulante Pflegedienste (inklusive | 48 |
| Intensivpflege) | |
| Praxen sonstiger humanmedizinischer | 28 |
| Heilberufe | |
| Vorsorge- | 24 |
| oder Rehabilitationseinrichtungen | |

Die Meldungen seitens der Einrichtungen sind über verschiedene Wege erfolgt: Meldeportal des Landes, kreiseigenes Meldeportal, per Fax oder E-Mail.

Alle von ihren jeweiligen Einrichtungen gemeldeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden bereits angehört. Die Anhörungsfrist lief bis Ende April 2022. Die Rückmeldungen werden aktuell noch gesichtet und verarbeitet. Anfang Mai 2022 wurden alle Arbeitgeber angeschrieben und um Stellungnahme gebeten (Frist 3 Wochen). Parallel

werden vom amtsärztlichen Dienst alle seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingereichten Atteste hinsichtlich einer Impfunfähigkeit gesichtet und eine Entscheidung nach Aktenlage getroffen, ob das abgegebene Attest eine Impfunfähigkeit attestiert oder nicht.

Sobald die jeweiligen Rückmeldungen vorliegen, wird es zur Bescheiderteilung kommen, voraussichtlich ab 15.06.2022. Bis dahin darf das Personal unter Einhaltung der allgemeinen Hygieneanforderungen in den Einrichtungen weiter eingesetzt werden.

Im kommenden Ausschuss für Soziales und Wohnen wird die Kreisverwaltung erneut berichten.

Neuss/Grevenbroich, 13.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1371/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

<u>Tagesordnungspunkt:</u> Sachstand Ukraine

Sachverhalt:

Zum Stichtag 19.05.2022 befanden sich 3.971 gemeldete ukrainische Geflüchtete im Rhein-Kreis Neuss.

Mit Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 07.04.2022 wurde festgelegt, dass Geflüchtete aus der Ukraine künftig wie anerkannte hilfebedürftige Asylsuchende finanziell unterstützt werden und nach positiver Entscheidung über ihren Asylantrag Leistungen nach dem SGB II / SGB XII erhalten.

Gesetzlich konkretisiert wird dies künftig in § 74 SGB II, der durch Artikel 1 des Entwurfes eines Gesetzes zur Regelung eines Sofortzuschlages für Kinder und einer Einmalzahlung an erwachsene Leistungsberechtigte der sozialen Mindestsicherungssysteme aus Anlass der COVID-19-Pandemie (Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz) neu gefasst werden soll.

Nach derzeitigem Stand des Gesetzgebungsverfahrens haben ab dem 01.06.2022 aus der Ukraine Geflüchtete einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, die durch die Ausländerbehörde erkennungsdienstlich behandelt worden sind und eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Abs. 1 AufenthG oder eine Fiktionsbescheinigung besitzen.

Für Personen, denen eine Fiktionsbescheinigung oder ein entsprechender Aufenthaltstitel nach dem 24.02.2022 und vor dem 01.06.2022 ausgestellt wurde, reicht die Speicherung der Daten im Ausländerzentralregister aus. Eine nicht durchgeführte erkennungsdienstliche Behandlung muss bis 31.10.2022 nachgeholt werden, ein Versäumnis der Behörde darf nicht zu Lasten der Leistungsberechtigten gehen.

Die Beschlussfassung durch den Bundesrat ist am 20.05.2022 erfolgt.

<u>Umsetzung im Rhein-Kreis Neuss:</u>

Grundsätzlich wird ein vereinfachtes und möglichst unbürokratisches Verfahren zum Leistungsübergang angestrebt; Ziel ist neben dem zeitnahen Übergang ins SGB II

insbesondere der lückenlose Leistungsbezug während des Systemwechsels. Die für die Anlage im Fachverfahren ALLEGRO erforderlichen persönlichen Daten liegen den Kommunen bereits vor. Eine Weiterleitung dieser Daten an das Jobcenter ermöglicht die Anlage der Fälle im Fachverfahren bereits vor der ersten Vorsprache der ukrainischen Geflüchteten und beschleunigt den Umstellungsprozess erheblich. Die Übermittlung der Leistungsakten erfolgt sukzessive per Scan an eine durch das Jobcenter eigens dafür eingerichtete Emailadresse.

Um den Ressourceneinsatz effizient zu planen, wurden dem Jobcenter bereits im Vorfeld die Strukturdaten der Geflüchteten durch die Kommunen zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der Vielzahl der ukrainischen Geflüchteten wird eine flächendeckende Umstellung zum 01.06.2022 nicht in Gänze erfolgen können, sodass es zu vorläufigen Leistungen der Kommunen kommen wird, die durch das Jobcenter zu erstatten sind. Hier wird ein praxisnahes Erstattungsverfahren etabliert, das den Geflüchteten den lückenlosen Leistungszugang gewährleistet.

Zu diesem Zweck wird eine Erstattungsvereinbarung zwischen den Kommunen und dem Jobcenter abgeschlossen. Die Kommunen verpflichten sich, alle Anträge an das Jobcenter weiterzuleiten und eine Tabelle mit den Namen aller ukrainischen Geflüchteten zu übersenden, die dem Grunde nach einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II haben könnten. Mit der Übersendung dieser Liste werden dem Grunde nach etwaige Erstattungsansprüche gegenüber dem Jobcenter geltend gemacht.

Das Jobcenter verpflichtet sich, den Kommunen unverzüglich mitzuteilen, wenn Fälle im System SGB II zahlbar gemacht werden, spätestens jedoch zwei Tage vor dem für die Kommunen festgelegten Rechenlauf des Sozialhilfefachverfahrens KDN. Die Erfassung der bereits zur Zahlung angewiesenen Fälle im System SGB II wird über gesonderte Listen erfolgen, die Einstellung der Fälle im System AsylbLG wird erst nach Mitteilung der Zahlungsaufnahme durch das Jobcenter vorgenommen.

Nach Einstellung der Fälle erfolgt die Bezifferung des Erstattungsanspruchs durch die Kommunen.

Durch den Rechtskreiswechsel ergeben sich für den Rhein-Kreis Neuss zwei wesentliche Finanzrisiken. Das Renteneintrittsalter liegt in der Ukraine für Männer bei 60 Jahren, für Frauen bei 57,5 Jahren, diese Personen werden somit nach § 7 Abs. 4 Satz 1 SGB II von Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen. Aufgrund der mangelnden Voraussetzungen für Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII (Nichtvorliegen der Altersgrenze, aktuell 65 Jahre und 10 Monate) kommen für diesen Personenkreis nur Leistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII in Frage. Die Kostenträger für diese Leistungen sind die örtlichen Träger der Sozialhilfe, somit der Rhein-Kreis Neuss. Nach derzeitigem Stand schätzt die Verwaltung die finanzielle Belastung des Kreishaushaltes ab dem 01.06.2022 auf rund 140.000 € monatlich.

Zudem bietet sich nach derzeitigem Kenntnisstand für die ukrainischen Geflüchteten, die bereits das Renteneintrittsalter erreicht haben und bisher über keinen Krankenversicherungsschutz verfügen, keine Möglichkeit der Aufnahme in eine gesetzliche Krankenversicherung. Das bedeutet, dass dieser Personenkreis nach § 264 SGB V versichert werden muss und die Kosten durch den Rhein-Kreis Neuss zu tragen sind. Diese umfassen die vollständige Übernahme der Krankenbehandlungskosten nach den Maßstäben der gesetzlichen Krankenversicherung zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 5 %, die gegenüber den Krankenkassen zu erstatten sind. Der Landkreistag wurde durch die Verwaltung bereits auf diesen Umstand hingewiesen.

Neuss/Grevenbroich, 02.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1340/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

<u>Tagesordnungspunkt:</u> Fortführung des Projekts "Kompass D"

Sachverhalt:

Auf die bisherige Berichterstattung im Ausschuss für Soziales und Wohnen wird verwiesen. "Kompass D" ist eine Initiative des Rhein-Kreises Neuss, der Unternehmerschaft in der Stadt Neuss und der Stadt Neuss (VHS), die in Folge der vermehrten Flüchtlingszuwanderung im Jahre 2016 gegründet wurde. Auf die gemachten Erfahrungen kann auch im Rahmen der jetzigen Herausforderungen durch die Ukraine-Krise aufgebaut werden, sodass auch ukrainische Jugendliche mit berücksichtigt werden.

Durch die Unterstützung und Umsetzung der Initiative "Kompass D" wird insbesondere neu zugewanderten, schulpflichtigen jungen Menschen im Rhein-Kreis Neuss, die bereits grundlegende Sprachkenntnisse (z.B. in der Schule oder in Deutschkursen) erworben haben und eine besondere Leistungsbereitschaft aufweisen, durch zusätzliche Qualifikationen eine Perspektive für ein zukünftiges Erwerbsleben und ein eigenbestimmtes Leben eröffnet.

"Kompass D" wird an fünf Standorten der Berufskollegs und Weiterbildungskollegs in Neuss, Grevenbroich und Dormagen durchgeführt. Neben dem Spracherwerb liegt der Fokus auf Themen wie Gesellschaftskunde, Staatsbürgerkunde, Bewerber- und EDV-Trainings, Kennenlernen von Ausbildungsberufen, Förderung von Schlüsselqualifikationen wie Eigenverantwortung, Team- und Kommunikationsfähigkeit, Wertevermittlung sowie Gesundheitskompetenz. Während der Sommerferien werden im Rahmen einer dreiwöchigen "Sommerakademie" Intensivkurse angeboten, damit der Einstieg in Kompass D leichter gelingt, dabei sollen auch junge ukrainische Geflüchtete berücksichtigt werden. Außerdem besteht Kontakt zu Lesementorinnen und -mentoren, die derzeit einmal pro Woche in der Initiative mitwirken. Dabei treffen sich die jungen Menschen mit dem Ehrenamtlichen, um mit diesem deutsche Texte zu lesen, Konversation zu betreiben und Zeit miteinander zu verbringen, in der die deutsche Sprache geübt werden kann.

Wegen des nachweislichen Erfolges soll Kompass D über das Schuljahr 2021/2022 hinaus, zunächst für ein weiteres Schuljahr, fortgeführt werden. Dabei sollen keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen am Konzept erfolgen. Die Teilnahme an Kompass D bleibt freiwillig.

Die Steuerung läuft weiter über den bewährten Lenkungskreis aus Mitgliedern der Unternehmerschaft, der Stadt Neuss und des Rhein-Kreises Neuss.

Um die Fortführung von Kompass D zu gewährleisten, ist die Finanzierung der erforderlichen 2,75 Personalstellen für Lotsen und Koordinierung sowie der Honorarkräfte für Coaching und Deutschförderung durch den Rhein-Kreis Neuss unbedingt erforderlich. Die Kosten werden wie bisher auf 245.136,98 €/Jahr (Lotsen und Koordinierung 218.136,98 €/Jahr sowie Honorarkräfte 27.000 €/Jahr) kalkuliert. Ab 2022 sind diese Kosten im Haushalt jeweils entsprechend eingeplant. Der Rhein-Kreis Neuss übernimmt keine bisher von der Stadt Neuss übernommenen Kosten, wie z.B. Verwaltungsarbeit der VHS Neuss, Raummieten im Romaneum der Stadt Neuss, Büro- und Dienstausstattungen der Lotsen und Honorarkräfte. Notwendig sind weiterhin eine positive Grundhaltung und ein entsprechendes Engagement der BBZ und des TSK sowie ein weiteres ehrenamtliches Engagement der Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss. Eine zusätzliche finanzielle Unterstützung durch die Unternehmerschaft wäre auch in Zukunft wünschenswert, um die erfolgreiche Initiative zu erhalten.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales und Wohnen des Rhein-Kreises Neuss beschließt die Fortführung der Initiative Kompass D, zunächst bis zum 31.07.2023.

Neuss/Grevenbroich, 18.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1409/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

<u>Tagesordnungspunkt:</u> Sachstand Geflüchtete

Sachverhalt:

Im Rhein-Kreis Neuss lebten zum Stichtag 31. März 2022 insgesamt 9.966 Geflüchtete. Dies sind 65 Geflüchtete mehr als zum 31. Dezember 2021 und 754 mehr als zum Stichtag 30. Juni 2017 (erstmalige Erhebung der Gesamtzahlen aus dem Ausländerzentralregister) sowie 445 mehr als Ende März 2018 und 123 mehr als Ende März 2019 sowie 178 mehr als Ende März 2020 und 71 weniger als Ende März 2021. Über eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis verfügten 7.633 Geflüchtete und damit 80 mehr als zum letzten Stichtag am 31. Dezember 2021 (30. Juni 2017: 5.428).

Die Zahl der Geflüchteten im laufenden Asylverfahren ist auf 930 zurückgegangen (30. Juni 2017: 2.750). Hiervon kommen 413 Geflüchtete aus einem Land mit hoher Bleibeperspektive - dies gilt zurzeit für Syrien (225), Somalia (23), Eritrea (9) und Afghanistan (156). Aus Iran und Irak, bei denen man bisher nicht von einer hohen oder erhöhten Bleibeperspektive spricht, kommen 233 Geflüchtete im laufenden Asylverfahren.

Laut Mitteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 15.11.2021 an die Träger der Berufssprachkurse wurde im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die "Gute Bleibeperspektive" für Asylbewerbende aus Afghanistan festgestellt, die zunächst befristet bis zum 31.08.2022 gilt und aufgrund derer eine Berechtigung zur Teilnahme an einem Berufssprachkurs gem. § 45 a Absatz 2 Satz 3 Nr.1 des Aufenthaltgesetzes (AufenthG) erteilt werden kann. Die sogenannte "Gute Bleibeperspektive" knüpft an die Erwartung eines "rechtmäßigen und dauerhaften Aufenthalts" an.

Für ehemalige afghanische Ortskräfte oder besonders gefährdete Personen, die aufgrund einer Aufnahmezusage nach § 22 Satz 2 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, ist regelmäßig ein Zugang zum Berufssprachkurs eröffnet. Im Rahmen des beschleunigten Ortskräfteverfahrens sind zum Stand 16.05.2022 insgesamt 122 Personen im Rhein-Kreis Neuss verzeichnet (davon fallen auf Grevenbroich 10, Jüchen 7, Kaarst 10, Korschenbroich 27, Meerbusch 26 und Neuss 42 Personen).

Aus den Herkunftsländern Syrien, Somalia, Eritrea, Irak, Iran und Afghanistan haben insgesamt 886 Menschen im Rhein-Kreis Neuss einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen. Dieser Wert ist gegenüber dem 30. September 2017 (hier waren es 684 Personen) um 202 Personen gestiegen. Gegenüber dem 31. März 2018 sind 140, gegenüber dem 31. März 2019 sind 126, gegenüber dem 31. März 2020 sind 23 Personen mehr zu verzeichnen und gegenüber dem 31. März 2021 sind 13 Personen weniger zu verzeichnen. Der Grund des Familiennachzuges lässt sich in der Statistik nicht differenzieren. Diese Personengruppe zählt rechtlich auch bei einem Nachzug zu einem Familienmitglied mit anerkanntem Flüchtlingsstatus nicht als Flüchtling. Da diese Personengruppe aber hinsichtlich der notwendigen Integrationsmaßnahmen vergleichbar ist, werden die Zahlen hier mit aufgeführt.

Die Zahl der Geflüchteten mit einer Aussetzung der Abschiebung liegt bei 1.403 Personen (30. Juni 2017: 1.034). Häufigste Gründe für die Aussetzung der Abschiebung sind fehlende Passunterlagen sowie die Reiseunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen.

Eine detaillierte Übersicht über die Geflüchtetenzahlen im Rhein-Kreis Neuss gesamt sowie eine grafische Darstellung der ausgewerteten Quartale zum 31. März 2022 liegen als <u>Anlage</u> 1 und Anlage 2 bei.

Asylgeschäftsbericht des BAMF (März 2022):

Bezogen auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ergibt eine Auswertung des Asylgeschäftsberichtes des BAMF zu den Flüchtlingszahlen 16.276 gestellte Erst- und Folgeanträge im März 2022 gegenüber 16.011 im Dezember 2021, 18.206 im September 2021, 11.699 im Juni 2021, 11.756 im März 2021, 11.567 im Dezember 2020, 10.576 im September 2020, 5.576 im Juni 2020, 8.069 im März 2020, 9.851 im Dezember 2019, 12.536 im September 2019, 9.691 im Juni 2019, 12.762 im März 2019, 8.900 im Dezember 2018, 12.976 im September 2018, 13.255 im Juli 2018, 12.622 im März 2018, 14.293 im Dezember 2017, 16.520 im September 2017 und 15.261 Erst- und Folgeanträgen im Juni 2017, wobei die Spitze der gestellten Erst- und Folgeanträge mit 20.450 im November 2021 lag.

Die beim BAMF anhängigen Verfahren konnten von 146.551 im Juni 2017 auf 51.968 im März 2018 abgebaut werden. Im März 2019 waren 53.224 Verfahren, im März 2020 waren 56.223 Verfahren, im März 2021 waren 62.717 Verfahren und im März 2022 waren 116.299 Verfahren anhängig, sodass hier jeweils ein Anstieg verzeichnet werden kann. Im März 2022 hat das BAMF 19.544 Entscheidungen getroffen, davon 9.424 positive Entscheidungen. Die Schutzquote betrug im März 2022 48,2 %, im Dezember 2021 44,2 %, im September 2021 45,5 %, im Juni 2021 49,9 %, im März 2021 23,4 %, im Dezember 2020 43,3 %, im September 2020 46,2 %, im Juni 2020 44,1 %, im März 2020 42,5 %, im Dezember 2019 40,3 %, im September 2019 37,7 % gegenüber 37 % im Juni 2019, 40,3 % im März 2019, 38,5 % im Dezember 2018, 38,9 % im September 2018, 26,4 % im Juni 2018, 30,5 im März 2018, 37,0 im Dezember 2017, 39,7 % im September 2017 und 39,9 % im Juni 2017). Eine entsprechende Übersicht liegt als <u>Anlage 3</u> bei.

Eine Aufstellung und Grafik zur Entwicklung der Asyl-Erstanträge aus den Ländern mit hoher Bleibeperspektive Syrien, Somalia, Eritrea und Afghanistan (sowie aus den Ländern Iran und Irak) ist als <u>Anlage 4</u> beigefügt.

Anlage 1 - Übersicht Geflüchtetenzahlen

Anlage 2 - grafische Darstellung der ausgewerteten Quartale Anlage 3 - Übersicht beim BAMF anhängige Verfahren

Anlage 4 - Asyl-Erstanträge aus Ländern mit hoher Bleibeperspektive

Flüchtlinge im Rhein-Kreis Neuss zum Stichtag 31 . März 2022 (Quelle: Auswertung Ausländerzentralregister)

| Bezeichnung | | Geschlecht | | | | | Altersgruppen von bis unter Jahre | | | | | | | | | | |
|--|-----------------|------------|---------------------------|--|-------------|-------------|-----------------------------------|-----------------|--------------|--------------------|---------------------------|-------|---------|---------|-------|--|--|
| | darunter | k.A. | Männlich | Weiblich | Unbek. | Gesamt | k.A. | bis 16 | 16 - 18 | 18 - 25 | | | 45 - 55 | 55 - 65 | Ab 65 | | |
| Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. | | | | | | | | | Ì | Ì | | | | | | | |
| 2 AufenthG (besondere Fälle) | Gesamt | 0 | 171 | 245 | 1 | 417 | 0 | 2 | 1 | 10 | 35 | 53 | 61 | 95 | 16 | | |
| Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. | | | 9 | | | | | | | | | | - | 90 | | | |
| 3 S. 1 AufenthG (Asyl/GFK nach 3 | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Jahren) | Gesamt | 0 | 152 | 59 | 0 | 211 | 0 | 6 | 2 | 9 | 34 | 60 | 40 | 30 | 3 | | |
| Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. | | | | | 1022-1 | | | | | | | | | 30 | | | |
| 3 S. 2 AufenthG (Resettlement) | Gesamt | 0 | 10 | 6 | 0 | 16 | 0 | 1 | 1 | 3 | 6 | 1 | 3 | - 1 | | | |
| Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. | | | | | | | | - | | | - | | | - | | | |
| 4 AufenthG (aus humanitären Gründen | | | | | | | | | . 1 | | | | | | | | |
| nach 7 Jahren) | Gesamt | 0 | 283 | 200 | 0 | 483 | 0 | 0 | 0 | 28 | 66 | 90 | 121 | 123 | 5 | | |
| Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. | | | | | | | | | | | | - 50 | 12.1 | 123 | | | |
| 4 AufenthG (Resettlement) | Gesamt | 0 | 173 | 106 | 0 | 279 | 0 | 0 | 11 | 41 | 34 | 56 | 62 | 45 | 3 | | |
| Aufenthaltserlaubnis völkerrechtliche, | - Coodine | Ť | 27.0 | 200 | | 2.7 | | - | | 14 | | 50 | 02 | 7.7 | | | |
| humanitäre oder politische Gründe | | | | | | | | 1 | | 1 | | | | | | | |
| insgesamt | Gesamt | 0 | 3442 | 2785 | 0 | 6227 | 0 | 2110 | 195 | 622 | 1267 | 1080 | 532 | 248 | 17 | | |
| "Anerkannte Flüchtlinge" (Summe | CCSUTTLE | | | 2,03 | | UZZ/ | | 2110 | 155 | OZZ | 1207 | 1000 | 332 | 270 | 17 | | |
| Zeilen 3 - 8) | | 0 | 4231 | 3401 | 1 | 7633 | 0 | 2119 | 210 | 713 | 1442 | 1340 | 819 | 542 | 44 | | |
| 20.0.1.0 | | | 1201 | 3101 | | 7033 | | 2117 | 210 | 715 | 1112 | 13-10 | 019 | JTZ | 77 | | |
| Anhängige Asylverfahren | | | The state of the state of | | | | - | | | | THE PARTY OF THE PARTY OF | | | | - | | |
| "Flüchtlinge im Verfahren" | Gesamt | | 578 | 351 | | 930 | 0 | 306 | 28 | 130 | 230 | 156 | FC | 45 | | | |
| Fluchtinge in Verlanien | Afghanistan | 0 | | 41 | 0 | | 0 | 40 | 20 | 36 | 51 | 20 | 56 3 | 15 | | | |
| | Eritrea Eritrea | 0 | | | 0 | | 0 | 40 | 0 | 0 | 4 | 20 | 0 | 0 | - | | |
| | Irak | 0 | | 64 | 0 | | 0 | 59 | - 0 | 24 | 34 | 22 | | 4 | | | |
| | Iran | H 0 | | 25 | 0 | | - 0 | 13 | - 4 | 24 | 22 | | 13 | | | | |
| | Somalia | 0 | | 9 | 0 | | 0 | 8 | - 0 | 4 | 8 | 26 | 6 | | - | | |
| | Syrien | 0 | | 92 | 0 | | 0 | 87 | 12 | 27 | 40 | 33 | | | | | |
| Aussetzung der Abschiebung | Syrieri | - 0 | 133 | 92 | U | 223 | U | 8/ | 12 | 2/ | 40 | 33 | . 21 | 4 | - | | |
| | | | 005 | 427 | | 1 100 | | 225 | 20 | 466 | 400 | | | | TEN S | | |
| (Duldungen) | Gesamt | 0 | 965 | 437 | 1 | 1403 | 0 | 335 | 29 | 166 | 435 | 264 | 108 | 42 | 2 | | |
| GESAMT (Summe Zeile 9, | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 11, 18) | | 0 | 5774 | 4189 | 3 | 9966 | 0 | 2760 | 267 | 1009 | 2107 | 1760 | 983 | 599 | 48: | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Informatorisch: Aufenthaltstitel aus | s familiären G | ründen | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Summe | | | To the last of the | Carry and a | The same of | the part of the last | Out of the Park | The state of | ALTERNATION OF THE | Bertham B. | | | | | | |
| | ausgewählte | | | | | | | | The state of | | | | | | | | |
| Familiäre Gründe insgesamt | Staaten | 0 | 300 | 585 | 1 | 886 | 0 | 377 | 26 | 55 | 158 | 149 | 94 | 21 | | | |
| | Afghanistan | 0 | | 31 | 0 | | 0 | 27 | - 0 | 4 | 12 | 8 | 2 | 1 | | | |
| | Eritrea | ō | | 8 | 0 | | 0 | 10 | 0 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | | | |
| | Irak | 0 | | 135 | 1 | 201 | 0 | 58 | 6 | | 51 | 50 | 20 | - | | | |
| | Iran | 0 | | 139 | 0 | | 0 | 64 | 10 | 2 | 31 | 49 | 35 | | | | |
| 540-0111-11- | Somalia | 0 | | 9 | 0 | | 0 | 10 | 0 | 1 | 2 | 0 | | | - | | |
| | Syrien | 0 | | 263 | 0 | | 0 | 208 | 10 | 34 | 61 | 42 | | | | | |

Sep 2020 7.293 1.254

1.402

9.949 887

Dez 2020 7.558

1.238

1.403 10.199

913

Mrz 2021 7.568

1.066

1.403

10.037

899

Jun 2021

7.296

1.404 9.601

848

901

Sep 2021 Dez 2021

7.458

859

1.403 9.720

889

7.553 922 1.426 9.901

889

Mrz 2022

7.633 930 1.403 9.966 886

Jun 2020 6.971

1.281

1.440

9.692

847

Mrz 2020

7.192

1.358

1.238

9.788

863

Dez 2019

7.253 1.446

1.222

9.921

822

| werkannte Flüchtlinge lüchtlinge im Verfahren Aussetzung der Abschiebung lüchtlinge gesamt Aufenthaltstitel aus familiären Gründen | (ausgewählte Staa | ten) | 2. 1. 9. | 428 750 034 212 621 | 5.94 2.50 1.07 9.53 68 | 15 18 12 | 6.157 2.197 1.084 9.438 788 | | 6.438 2.021 1.062 9.521 746 | 1 | 6.508 1.870 1.085 9.463 747 | | 2018 6.701 1.823 1.139 9.663 746 | | 2 2018 6.933 1.794 1.204 9.931 757 | | z 2019 6.922 1.743 1.178 9.843 760 | | 7.146 1.658 1.222 10.026 788 | |
|--|---------------------|---------------|--------------------------|---------------------------------|------------------------------------|--------------------|---|-----------------|---|----------------|---|---------------|---|----------------|---|---------------|---|----------------|--|--|
| | | F | LÜCH | ITLI | NGEI | VI RHE | IN-K | REIS | NEU | ISS | | | | | | | | | | |
| | (QUEL | LE: | AUSV | VER | TUNG | AUSL | ÄNDE | RZE | NTRA | ALRE | GIST | ER) | | | | | | | | |
| Anerkannte Flüchtlinge | Flüchtlinge im Vert | ahren | | Aussetzi | ung der Absch | niebung | —— F) | ichtlinge | gesamt | -10 | -Aufent | haltstitel | aus famil | iären Gri | inden (au | sgewähl | te Staate | n) | | |
| | 10.000 | 9.532 | 8.61.0 | 9,521 | 9.463 9.863 | 9.931 | 9.843 | 10 026 | 10.045 | 9.921 | 9.788 | 9,692 | 9 949 | 10.199 | 16.017 | 9,561 | 9.720 | 9,961 | 9.966 | |
| | 8.000 | | | | 6,508 ft.701 | 6,933 | 6,922 | 7.146 | 7.279 | 7,2%, | 1 192 | 6.971 | 7.298 | 7.558 | 7 568 | 7.296 | 7.458 | 7.553 | V.633 | |
| | 6,000 = 428 | 5,949 | 6.157 | 0.438 | 15,300 | | | , | | | | | | | | | | 4 | | |
| | 4.000 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 2.000 | 2 505 | 2.197 | 2.021 | 18/01.823 | 1.79/ | 1.743 | 1.658 | 1.517 | 1.939 | 1.738 | 1-449 | 1.594 | 1:498 | 1,403 | 1.404 | 1.403 | 1.426 | 1.403 | |
| | ± | * | - | \$ | * * | * | is N | - | | * | - | | ж | * | - W | 101 | 960 | - | | |
| | 6 621 JUN 20108 | 684 P 2010 | 788 EZ 30 13 F | 716 8Z 2018 | 747 746 SN 2015EP : | 757 0 tale Z 20 | 760 1882 201 | 788 9 N 20 E | 778 SEP 2018 | 822 9EZ 201 | 863 882 202 | 847 DR 202 | 887 EF 2020 | 913 EZ 29 N | 899 887 2638 | 848 UN 20% | 889 aru 202 | 889 NEZ 202 | 886 482 2023 | |
| | iun 2017 | Sep 2017 | Dez 2017 | Mrz 2018 | | ug Dez | Miz 2019 | Jun 2019 | Sep 2019 | Dez 3019 | Mrz 2020 | Jun 2020 | Sep 2020 | Dez 2020 | Miz | lun | Sep | Dez | (Acz | |
| Anerkannte Flüchtlinge | 5.428 | 5.949 | 6.157 | 6.438 | | 01 6.93 | | 7.146 | 7.279 | 7.253 | 7.192 | 6.971 | 7.293 | 7.558 | | 7.295 | 2021 7.458 | 2021 7.553 | 7.633 | |
| - Hüchtlinge im Verfahren | 2.750 | 2.505 | 2.197 | 2,021 | | 1.79 | | 1.658 | 1.517 | 1.446 | 1.358 | 1.281 | 1.254 | 1.238 | 1.066 | 901 | 859 | 922 | 930 | |
| Aussetzung der Abschiebung | 1.034 | 1.078 | 1.084 | 1.062 | 1.085 1,1 | 139 1.20 | 1.178 | 1.222 | 1.249 | 1.222 | 1,238 | 1,440 | 1.402 | 1.403 | 1.403 | 1.404 | 1.403 | 1.426 | 1.403 | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

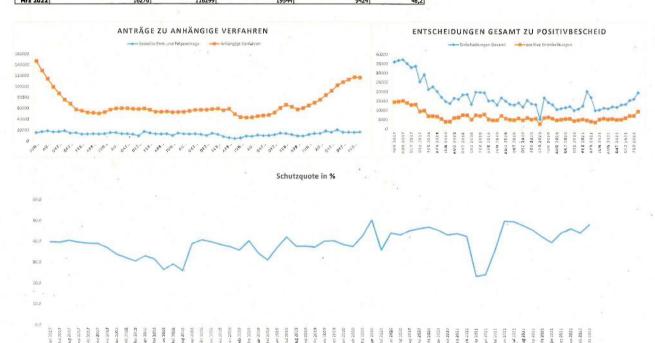
9.212 9.532 9.438 9.521 9.463 9.663 9.931 9.843 10.026 10.045 9.921 9.788 9.692 9.949 10.199 10.037 9.601 9.720 9.901 9.966

---- Flüchtlinge gesamt

Anlage 3 zu TOP 6.8 Yozialawsschuss am 31.05. 0026.7

Flüchtlingszahlen Bundesrepublik Deutschland (Quelle: Auswertung Asylgeschäftsberichte BAMF)

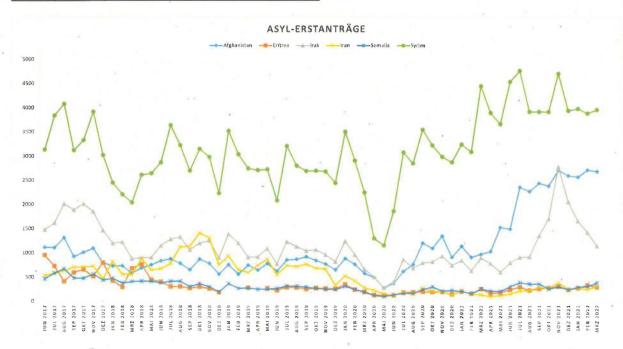
| | Gestellte Erst- und Folgeanträge | | | positive Entscheidungen | |
|---------------------|----------------------------------|--------|-------|-------------------------|------|
| Jun 2017 | 15261 | 146551 | 36016 | 14384 | 39, |
| Jul 2017 | 16844 | 129467 | 36901 | 14666 | 39, |
| aug 2017 | 18651 | 114202 | 37214 | 15057 | 40, |
| Sep 2017 | 16520 | 99334 | 35127 | 13956 | 39, |
| Okt 2017 | 17028 | 87187 | 33005 | 12899 | 39, |
| Nov 2017 | 18711 | 75660 | 33772 | 13162 | 39, |
| Dez 2017 | 14293 | 68245 | 25414 | 9408 | 37, |
| Jan 2018 | 15077 | 57693 | 29173 | 9864 | 33, |
| Feb 2018 | 12490 | 55279 | 21301 | 6848 | 32, |
| Mrz 2018 | 12622 | 51968 | 22714 | 6936 | 30, |
| Apr 2018 | 13163 | 51498 | 20198 | 6663 | 33, |
| Mai 2018 | 12494 | 50373 | 17169 | 5415 | 31, |
| Jun 2018 | 13255 | 52514 | 14792 | 3911 | 26, |
| Jul 2018 | 15199 | 57273 | 13744 | 4005 | 29, |
| Aug 2018 | 15122 | 59410 | 16623 | . 5965 | |
| | 12976 | 59738 | 16023 | 6225 | 25, |
| Sep 2018 | | | | | 38, |
| Okt 2018 | 13001 | 59640 | 18474 | 7512 | 40, |
| Nov 2018 | 12118 | 58538 | 18644 | 7426 | 39, |
| Dez 2018 | 8900 | 58325 | 13295 | 5118 | 38, |
| Jan 2019 | 17051 | 59158 | 19921 | 7470 | 37, |
| eb 2019 | 14321 | 56779 | 19823 | 7087 | 35, |
| 4rz 2019 | 12762 | 53224 | 19587 | 7903 | 40, |
| Apr 2019 | 12353 | 53004 | 15201 | 5236 | 34, |
| 4ai 2019 | 12891 | 53434 | 15335 | 4765 | 31, |
| lun 2019 | 9691 | 52457 | 12948 | 4795 | 3 |
| Jul 2019 | 14108 | 52609 | 16814 | 7074 | 42, |
| lug 2019 | 12772 | 52976 | 15040 | 5670 | 37, |
| Sep 2019 | 12536 | 54662 | 13321 | 5025 | 37, |
| Okt 2019 | 12938 | 56628 | 12963 | 4839 | 37, |
| lov 2019 | 12096 | 56958 | 14136 | 5688 | 40,2 |
| ez 2019 | 9851 | 57012 | 11892 | 4797 | 40, |
| Jan 2020 | 14187 | 58277 | 15487 | 5965 | 38, |
| Feb 2020 | 11928 | 59010 | 13633 | 5127 | 37, |
| 4rz 2020 | 8069 | 56223 | 13154 | 5590 | 42, |
| Apr 2020 | 5695 | 58744 | 5340 | 2685 | 50, |
| 1ai 2020 | 4329 | 49232 | 16748 | 6007 | 35,9 |
| lun 2020 | 5576 | 43617 | 14297 | 6308 | 44,: |
| Jul 2020 | 8865 | 42731 | 13112 | 5665 | 43, |
| ug 2020 | 8424 | 43316 | 10491 | 4739 | 45,7 |
| Sep 2020 | 10576 | 45370 | 11075 | 5120 | 46. |
| okt 2020 | 9828 | 46565 | 11505 | 5410 | 40,, |
| lov 2020 | 9973 | 47588 | 12143 | 5524 | 45, |
| ez 2020 | 11567 | 52056 | 9996 | 4330 | 43,: |
| an 2021 | 14448 | 60437 | 10828 | 4753 | 43, |
| eb 2021 | 13533 | 66583 | 12347 | 5255 | |
| en 2021 frz 2021 | 13533 | 62717 | | | 42, |
| | 9315 | | 20165 | 4719 | 23, |
| pr 2021 | | 58101 | 16959 | 4124 | 24, |
| lai 2021 | 9228 | 60425 | 9923 | 3560 | 35, |
| un 2021 | 11699 | 65062 | 10300 | 5145 | 49, |
| Jul 2021 | 13843 | 70274 | 11321 | 5614 | 49, |
| ug 2021 | 13961 | 75579 | 10979 | 5236 | 47, |
| ep 2021 | 18206 | 84247 | 11972 | 5451 | 45, |
| kt 2021 | 15984 | 92058 | 11755 | 4971 | 42, |
| ov 2021 | 20450 | 102031 | 13010 | 5147 | 39, |
| ez 2021 | 16011 | 108064 | 13300 | 5873 | 44,2 |
| an 2022 | 16029 | 112928 | 15418 | 7128 | 46,2 |
| eb 2022 | 15869 | 117194 | 16132 | 7126 | 44,2 |
| 1rz 2022 | 16276 | 116299 | 19544 | 9424 | 48,2 |



Anlage 4 su TOP 6. 8 Posialausschuss am 31.05.202

Asyl-Erstanträge ausgewählte Länder Bundesrepublik Deutschland (Quelle: Auswertung Asylgeschäftsberichte BAMF)

| Afghanistan | Eritrea | Irak | Iran | Somalia | Syrien |
|-------------|---|--------------|--|---|--|
| | 954 | 1480 | 541 | 466 | 3135 |
| | | | | | 3841 |
| | | | | | 4079 |
| | | | | | 312 |
| | | | | | 333 |
| | | | | | 3918 |
| | | | | | 3018 |
| | | | | | 2450 |
| | | | | | 2206 |
| | | | | | 2039 |
| | | | | | 2610 |
| | | | | | 2641 |
| | | | | | 2865 |
| | | | | | 3634 |
| | | | | | |
| | | | | | 3222 |
| | | | | | 2696 |
| | | | | | 3143 |
| | | | | | 2977 |
| | 184 | | | | 2229 |
| | | | | | 3517 |
| | | | | | 3035 |
| | 276 | | | | 2742 |
| | | | | | 2707 |
| | | | | | 2724 |
| | | | | | 2081 |
| 853 | | | | | 3206 |
| 866 | 283 | 1129 | 717 | 307 | 2799 |
| 919 | 251 | 1042 | 765 | 293 | 2689 |
| 842 | 272 | 1064 | 684 | 264 | 2696 |
| 768 | 259 | 957 | 664 | 246 | 2679 |
| 647 | 257 | 815 | 335 | 242 | 2441 |
| 881 | 346 | 1240 | 524 | 308 | 3498 |
| 760 | 238 | 960 | 422 | 242 | 2903 |
| 574 | 197 | 662 | 279 | 184 | 2245 |
| 491 | 127 | 498 | 225 | 120 | 1296 |
| 277 | 125 | 280 | 156 | 99 | 1154 |
| 369 | 123 | 398 | 125 | 133 | 1863 |
| 617 | 183 | 864 | 196 | 163 | 3075 |
| | | 684 | | | 2847 |
| | | | | | 3543 |
| | | | | | 3219 |
| | | | | | 2986 |
| | | | | | 2869 |
| | | | | | 3240 |
| | - | | | | 3085 |
| | | | | | 4444 |
| | | | | | 3890 |
| | | | | | 3659 |
| | | | | | 4531 |
| | | | | | 4759 |
| | | | | | 3909 |
| | | | | | 3911 |
| | | | | | |
| | | | | | 3907 |
| | | | | | 4697 |
| | | | | | 3932 |
| | | | | | 3971 |
| 2703 | 330 284 | 1417 1135 | 240 301 | 301 376 | 3875 |
| | 1119 1109 1315 925 1008 1094 791 728 732 577 687 750 833 872 278 647 867 779 558 753 557 745 640 779 623 853 866 919 942 768 768 768 768 779 779 779 789 789 789 789 789 789 78 | 1109 | 1119 954 1480 1109 728 1619 1315 414 2012 925 593 1889 1008 658 2011 1094 513 1851 791 794 1463 732 289 1220 577 676 876 687 759 895 750 441 903 833 399 1145 872 298 1279 780 299 1325 647 269 1058 867 296 1196 779 260 1250 558 184 897 753 1384 557 1200 778 267 268 1279 268 279 268 279 270 268 270 271 27 | 1119 954 1480 541 1109 728 1619 579 1315 414 2012 632 925 593 1889 707 1008 658 2011 709 1094 513 1851 725 791 794 1463 469 728 423 1198 823 732 289 1220 560 577 676 876 549 667 759 895 874 750 441 903 644 833 399 1145 669 872 298 1279 774 780 299 1325 1119 647 269 1058 133 867 296 1196 1407 779 260 1250 1306 558 184 897 750 753 1384 937 750 755 | 1119 954 1480 541 466 1109 728 1619 579 584 1315 414 2012 632 673 925 593 1889 707 479 1008 658 2011 709 475 1094 513 1851 725 561 791 794 1463 469 439 728 423 1198 823 471 732 289 1220 560 374 577 676 876 579 589 874 415 750 441 903 644 410 833 399 1145 669 376 872 298 1279 774 409 780 299 1325 1119 412 647 269 1058 1133 301 867 296 1196 1407 359 779 260 1250 1306 296 775 8184 897 750 190 753 1384 937 360 755 1 1200 652 266 7745 276 907 591 269 640 915 742 246 779 264 1087 867 247 623 225 772 546 262 853 289 1230 740 315 866 283 1129 717 307 919 251 1042 765 293 842 272 1064 684 264 768 259 957 664 246 667 275 185 335 242 881 346 1240 524 308 760 238 960 422 242 574 197 662 279 184 491 127 498 225 120 979 136 138 864 196 163 759 191 145 249 179 166 2279 184 190 251 1042 765 293 842 272 1064 684 264 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 768 259 957 664 246 769 277 125 280 156 99 369 123 398 125 133 617 183 864 196 163 759 192 684 142 164 1202 200 793 271 244 191 127 498 225 120 277 125 280 156 99 1366 194 936 202 213 1318 206 845 212 205 909 161 629 155 150 130 163 780 103 212 1524 181 602 123 207 1492 240 796 150 303 2353 291 907 213 383 2266 223 913 221 356 2434 256 1350 285 357 2376 277 1698 263 255 2376 277 1598 255 2376 277 1598 255 2376 277 1598 255 2376 277 1598 255 2376 277 1598 255 2376 277 1598 255 2376 277 1598 255 2376 277 1598 255 2376 277 1598 255 2376 237 381 226 |



Neuss/Grevenbroich, 18.05.2022

50 - Sozialamt



Sitzungsvorlage-Nr. 50/1411/XVII/2022

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|------------|
| Ausschuss für Soziales und Wohnen | 31.05.2022 | öffentlich |

Tagesordnungspunkt:

Landesrechtliche Umsetzung des Sofortzuschlages für Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe durch das Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz (§ 145 neu SGB XII)

Sachverhalt:

Mit Schreiben des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) vom 12. Mai 2022 wurde auf das kurzfristig zu erwartende Sofortzuschlagsund Einmalzahlungsgesetz hingewiesen. Diesbezüglich wird die landesrechtliche Umsetzung bezogen auf den Bereich des Dritten Kapitels SGB XII erforderlich sein. Dabei ist die rechtzeitige Umsetzung des Gesetzes erstmalig für den Monat Juli 2022 auch für die Kinder und Jugendlichen in der Sozialhilfe zu besorgen. Bei dem Sofortzuschlag handelt es sich um eine vorübergehende Leistung bis zur Einführung der Kindergrundsicherung.

Der Bundesrat hat dem Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz am 20. Mai 2022 zugestimmt.

Vor dem Hintergrund, dass den Ländern aufgegeben worden ist, die Trägerschaft für den Sofortzuschlag durch Landesrecht zu bestimmen, wird eine kurzfristige landesgesetzliche Regelung erfolgen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass aufgrund der zwischenzeitlich stattgefundenen Landtagswahlen der neue Landtag das angekündigte Landesgesetz beschließen muss. Das Land Nordrhein-Westfalen wird die Ausführung der Leistung des Sofortzuschlags auf die bisher für die Erbringung der Leistung nach dem Dritten Kapitel SGB XII zuständigen Träger der Sozialhilfe übertragen. Diese sollen rechtzeitig - ungeachtet der noch nicht abgeschlossenen Gesetzgebungsvorgänge - Vorkehrungen treffen, um die rechtzeitige Leistung des Sofortzuschlags an die leistungsberechtigten Kinder zu gewährleisten.

Anlagen:

Landesrechtliche Umsetzung des Sofortzuschlages für Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe durch das Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz (§ 145 neu SGB XII)



Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An die kreisfreien Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen Landschaftsverband Rheinland Landschaftsverband Westfalen

nachrichtlich:

Landkreistag Nordrhein-Westfalen Städtetag Nordrhein-Westfalen Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen

- ausschließlich per E-Mail -

Datum: 12. Mai 2022 Seite 1 von 4

Aktenzeichen VI A 2 – 92.13.01 – 000006 bei Antwort bitte angeben

RB'e Freier
Telefon 0211 855-3226
Telefax 0211 855-3717
sabine.freier@mags.nrw.de

Landesrechtliche Umsetzung des Sofortzuschlages für Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe (§ 145 - neu - SGB XII) durch das Gesetz zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze (Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz)

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Vorgriff auf die vom Bundegesetzgeber kurzfristig vorgesehene Einführung eines Sofortzuschlages für von Armut betroffene Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit dem im Betreff genannten Gesetz möchte ich Sie über die sich daran anschließende notwendige landesrechtliche Umsetzung im Bereich des Dritten Kapitels SGB XII informieren. Ich verbinde damit die Bitte, dafür Sorge zu tragen, dass auch die Kinder und Jugendlichen in der Sozialhilfe den für den Monat Juli 2022 erstmals zu zahlenden Sofortzuschlag genauso rechtzeitig erhalten, wie die Kinder und Jugendlichen in den anderen sozialen Mindestsicherungssystemen. Mir ist dabei bewusst, dass Sie aufgrund der Vielzahl der kurzfristig in Kraft tretenden bundesgesetzlichen Regelungen (u. a. auch zum Rechtskreiswechsel der ukrainischen

Dienstgebäude und Lieferanschrift: Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf Telefon 0211 855-5 Telefax 0211 855-3683 poststelle@mags.nrw.de www.mags.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel: Rheinbahn Linie 709 Haltestelle: Stadttor Rheinbahn Linien 708, 732 Haltestelle: Polizeipräsidium Flüchtlinge in die Sozialgesetzbücher) vor großen Herausforderungen stehen. Es sollte aber vermieden werden, dass eine – wenn auch kleine – Gruppe leistungsberechtigter Kinder und Jugendlicher in der Sozialhilfe ihre zusätzlichen Leistungen nicht rechtzeitig erhält.

Der Bundestag hat das Gesetz am 12. Mai 2022 in zweiter und Dritter Lesung beschlossen. Der Beschluss des Bundesrates ist für den 20. Mai 2022 vorgesehen. Änderungen an § 145 SGB XII sind nach jetzigem Stand nicht mehr zu erwarten.

Bei dem Sofortzuschlag handelt es sich um eine vorübergehend bis zur Einführung der Kindergrundsicherung zu erbringende und - nach den Ausführungen im Gesetzentwurf der Bundesregierung - neue und zusätzliche Leistung. Er soll die erforderlichen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ergänzen und insoweit dazu beitragen, die Lebensumstände und Chancen der Kinder zu verbessern.

Allerdings hat der Bundesgesetzgeber vor dem Hintergrund, dass er nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 7. Juli 2020, 2 BvR 696/12) den Kommunen keine neuen Leistungen übertragen kann, die Anwendung der bestehenden sozialhilferechtlichen Zuständigkeitsregelungen auf den Sofortzuschlag durch die Regelung des § 145 Abs. 4 SGB XII ausdrücklich ausgeschlossen. Den Ländern wird aufgegeben, die zuständigen Träger für den Sofortzuschlag durch Landesrecht zu bestimmen.

Erfordernisses der bundesgesetzlichen Zur Umsetzung des Trägerbestimmung wird von hier kurzfristig eine landesgesetzliche Regelung zur Bestimmung der für die Erbringung der Leistung des Sofortzuschlags zuständigen Träger vorbereitet und auf den Weg gebracht. Die Kurzfristigkeit der landesgesetzlichen Trägerbestimmung Regelung und bundesgesetzlichen Inkrafttreten der ist dem

Ermächtigung (voraussichtlich Ende Mai 2022) geschuldet. Erschwerend kommt hinzu, dass sich nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 15. Mai 2022 erst noch der neue Landtag konstituieren muss. Das von mir angekündigte Landesgesetz muss vom neuen Landtag beschlossen werden.

Das Landesgesetz zur Umsetzung des Sofortzuschlags in der Sozialhilfe soll eine entstehende Zuständigkeitslücke, die zur Folge hätte, dass der Sofortzuschlag die leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen in der Sozialhilfe nicht rechtzeitig erreichen würde, verhindern.

Da der Sofortzuschlag an den Leistungsanspruch nach dem Dritten Kapitel SGB XII anknüpft, wird das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend dem Erfordernis eines effizienten Verwaltungshandelns die Ausführung der Leistung des Sofortzuschlages auf die bisher für die Erbringung der Leistungen nach dem Dritten Kapitel SGB XII zuständigen Träger der Sozialhilfe übertragen.

Neben der Trägerbestimmung wird das Landesgesetz auch Aussagen zum Ausgleich der den Trägern entstehenden Ausgaben entsprechend dem Konnexitätsausgleichgesetz enthalten.

Aufgrund des für die Umsetzung zur Verfügung stehenden sehr engen Zeitfensters möchte ich Sie bereits jetzt – im Vorgriff auf die kurzfristig folgenden landesgesetzlichen Regelungen – bitten, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um sicherzustellen, dass der Sofortzuschlag – wie bei Kindern in anderen sozialen Sicherungssystemen – auch den Kindern im Bereich des Dritten Kapitels des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch zu Gute kommt.

Zur landesrechtlichen Umsetzung des Sofortzuschlages wird das MAGS kurzfristig die kommunalen Spitzenverbände und die

Landschaftsverbände zur weiteren Klärung der Umsetzung einladen und das Beteiligungsverfahren einleiten.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

Ralf Sommer